



MULTIBRANCHEN-GEWERKSCHAFT IGBCE

Wir sind rund 600.000 Frauen und Männer in den deutschen Schlüsselindustrien. Wir arbeiten in der chemischen und der pharmazeutischen Industrie, der Kautschuk-, Papier- und Glasindustrie, der Energiewirtschaft, der Automobilzulieferindustrie und anderen wichtigen Branchen. | igbce.de

Seite

2 WAS MACHT DIE PREISDYNAMIK MIT UNSEREN INDUSTRIEN?

3 IGBCE KOMPASS: POLIT-TALK MIT HABECK

4 AUSBILDUNG – SCHLECHTES ZEUGNIS FÜR DIE INDUSTRIE

EINE BRÜCKE FÜR DEN STROMPREIS

WUSSTEST DU SCHON?

Unsere Gemeinschaft wird getragen von Respekt und Toleranz. Wer bei uns mitmacht, erfährt gelebte Solidarität.

Mehr unter:

igbce.de

heimischen Standorte zu investieren – und eben nicht ins Ausland abzuwandern“, appelliert Vassiliadis. „Nur so sind der Erhalt guter Arbeitsplätze, eine sichere Versorgung anderer Industrien und Fortschritte im Klimaschutz garantiert.“

Es braucht deshalb ein standortpolitisches Rundum-Anreizpaket.

Das heißt konkret:

- Investitionen in die Transformation fördern und notfalls über Bürgschaften absichern!
- Abschreibungsbedingungen erleichtern!
- Der Modernisierung und dem Ausbau von Standorten, Anlagen, Pipelines, Netzen oder Kreislaufwirtschaftssystemen keine Steine in den Weg legen!
- Klare Garantien für eine bezahlbare und funktionierende Energieversorgung der Zukunft!

Den Preis für Industriestrom politisch auf ein international wettbewerbsfähiges Maß zu senken, bis genug günstiger Strom aus Erneuerbaren zur Verfügung steht, gibt den Energieintensiven nicht nur eine Perspek-

Die energieintensiven Industrien der IGBCE leiden unter schwacher Konjunktur, schlechten Standortbedingungen und überhöhten Energiepreisen. **Abwanderung statt Modernisierung** bestimmt das Bild. Jetzt braucht es klare Signale von der Politik, dass sich Investitionen in die heimischen Standorte lohnen. Von einem **Brückenstrompreis** profitiert schlussendlich das ganze Land.

Die Lage ist ernst. Für die energieintensiven Industrien in Deutschland steht die Uhr auf „fünf vor zwölf“. Denn sie sehen sich mit einer Gleichzeitigkeit an Herausforderungen konfrontiert, die den Druck enorm erhöht: schleppende Nachfrage, hohe Energiepreise, marode Infrastruktur, überbordende Regulierung, langwierige Genehmigungsverfahren – und obendrauf noch teure Transformationslasten. Die Politik muss deswegen jetzt die nötigen Schritte einleiten, um den Industriestandort Deutschland zu sichern. „Die aktuelle Situation nährt eine Sorge: dass die energieintensiven Industrien nach und nach dem Standort Deutschland den Rücken kehren. Die Gefahr war noch nie so groß wie heute“, warnt Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Multibranchengewerkschaft IGBCE. „Klar ist: Wenn uns die Energieintensiven abhandenkommen, steht der Kaiser ganz schnell ohne Kleider da“, mahnt der IGBCE-Chef. Denn es geht um die Industrien, die der Schlüssel zum deutschen Erfolgsmodell sind. Sie stehen am Anfang aller Wertschöpfungsketten. Allein die chemi-

WUSSTEST DU SCHON?

Mit mehr als 3.200 Tarifverträgen bieten wir unseren Mitgliedern umfassende Leistungen und Sicherheit.

Mehr unter:

igbce.de

sche Industrie liefert 95 Prozent aller Industrie-Vorprodukte. Keine Auto- oder Maschinenbaubranche ohne die Energieintensiven, keine Wind- oder Solaranlagen.

Es ist dabei nicht einfach „nur“ Produktion, die wegzubrechen droht – wir verlieren entscheidendes Know-how, Flexibilität und Resilienz, die der

Industriestandort dringend braucht. Und nicht zuletzt Wirtschaftskraft: Laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln hängen 2,4 Millionen Arbeitsplätze und 240 Milliarden Euro Wertschöpfung in Deutschland direkt und indirekt an den energieintensiven Branchen. Sie sichern Bund, Ländern und Kommunen jährlich 90 Milliarden Euro Steuerzahlungen und Sozialversicherungsbeiträge. „Es ist deshalb ebenso bestürzend wie verantwortungslos, wenn einige meinen, es brauche die Energieintensiven nicht mehr“, erklärt Vassiliadis. „Wir werden jetzt den Druck erhöhen und gehen den nächsten Schritt im Werben für einen international wettbewerbsfähigen Brückenstrompreis.“



Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IGBCE

DGB, IG Metall und IGBCE haben deshalb eine „Allianz pro Brückenstrompreis“ geschlossen, mit an Bord sind alle relevanten Verbände der energieintensiven Industrien: der Verband der chemischen Industrie, die Wirtschaftsvereinigung Stahl, die Papierindustrie, die Wirtschaftsvereinigung Metalle, der Bundesverband Glasindustrie, der Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden. „Gemeinsam werden wir uns bei der Bundesregierung und den Ländern

dafür einsetzen, die Transformation der Industrie mit diesem Instrument möglich zu machen“, kündigt Vassiliadis an.

Denn Expansion geschieht derzeit anderswo – in den USA, in China. Ausgerechnet diese Länder locken deutsche Investor*innen nicht nur

ALLIANZ PRO BRÜCKENSTROMPREIS

Die „Allianz pro Brückenstrompreis“, der sich neben IGBCE, IG Metall und DGB auch zahlreiche Verbände der energieintensiven Industrien angeschlossen haben, setzt sich für einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis ein. Ende September ist zudem ein Treffen beim Bundeskanzler geplant, um über Lösungen für die Chemieindustrie zu beraten. Mit dabei ist auch IGBCE-Chef Michael Vassiliadis.

mit staatlichen Fördergeldern und geringen Energiepreisen, sondern auch mit Rundum-Sorglos-Paketen für Industrieansiedlungen. „Verlagerung findet in unseren Branchen längst statt – vor allem in der Chemie-, der Papier-, Kautschuk-, Keramik- und Glasindustrie“, konstatiert Vassiliadis. „Das gilt nicht nur für bekannte Namen wie BASF, Lanxess, Goodyear oder Villeroy & Boch.“ Die IGBCE und ihre Betriebsräte verhandeln derzeit in unzähligen Betrieben darüber, die Einschnitte sozialverträglich zu gestalten.

Das beweist: Die Zeit drängt. JETZT fallen die Grundsatzentscheidungen in den Unternehmen. „Wir müssen sie schnell davon überzeugen, dass es sich lohnt, in die Transformation der

tive für die kommenden Jahre. Ein Brückenstrompreis gibt ihnen auch die Sicherheit, dass sich der Weg der Transformation lohnt – und dass man ihn in Deutschland gehen kann. Dabei soll nicht „mit der Gießkanne“ subventioniert werden. Das Geld darf nicht bei den Aktionär*innen landen, sondern muss in die Modernisierung und Weiterentwicklung der Betriebe investiert werden. „Wir wollen Strukturwandel befördern, nicht ausbremsen!“, betont der IGBCE-Chef. Deshalb sollen nur Unternehmen ein Anrecht auf diese staatliche Unterstützung haben, die in ihre Transformation investieren, Standorte und Arbeitsplätze sichern und ausbauen und die nach Tarif zahlen. Die dafür verwendeten Mittel sind also gut angelegtes Geld.

FACHKRÄFTE FALLEN NICHT VOM HIMMEL!

Ohne Ausbildung keine Zukunft

Mehr zum Thema auf Seite 4.

SO BELASTEN DIE ENERGIEPREISE UNSERE INDUSTRIEN



TRIMET
Thomas Flesch
BR-Vorsitzender

„Strom ist ein Rohstoff für uns“, erklärt Thomas Flesch, Betriebsratsvorsitzender des Aluminium-Produzenten TRIMET am Standort Essen. „Wir benötigen den Strom, um Aluminium herzustellen. Ohne geht es nicht.“ Rund sechs Terawattstunden Strom pro Jahr braucht das mittelständische Unternehmen im Schnitt – das entspricht rund einem Prozent des deutschen Gesamt-Stromverbrauchs.

Seit mehr als einem Jahr allerdings liegt der Stromverbrauch von TRIMET deutlich unter den früheren Werten. Schon bald nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und der Preisexplosion am Strommarkt hat das Unternehmen seine Produktion drastisch gedrosselt. „Zwei Drittel unserer Öfen an unserem größten deutschen Standort Essen sind abgestellt, ebenso an den weiteren deutschen Standorten Hamburg und Voerde“, berichtet Flesch.

Bislang habe man bei TRIMET Kurzarbeit für die Beschäftigten vermeiden können, erzählt Thomas Flesch – ebenso wie Personalabbau: „Wir nutzen die Zeit für Wartungsarbeiten, Umbauten, Weiterbildung und Qualifizierung. Außerdem optimieren wir all unsere Produktionsprozesse in der Elektrolyse, um klimaneutraler zu werden.“ Dadurch habe man Zeit gewonnen im Wettlauf gegen die massiv gestiegenen Strompreise. TRIMET konnte zudem bislang Strommengen aus langfristigen Lieferverträgen nutzen. Diese Mengen brauche man auf – und hoffe auf einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis, sagt Flesch. „Der muss zügig kommen, damit die langfristigen Investitionsentscheidungen getroffen werden können.“ Denn ohne grünen Strom sei eine klimaneutrale Aluproduktion nicht möglich.

„Wir benötigen den Strom, um Aluminium herzustellen. Ohne geht es nicht.“

Der IGBCE-Newsletter Profil update

Immer gut informiert: Der IGBCE-Newsletter „Profil update“ richtet sich an Beschäftigte in den Branchen der IGBCE. Das „update“ erscheint einmal alle zwei Monate und bietet Hintergrundinformationen, Fotos sowie Videos zu aktuellen Themen aus Politik, Gesellschaft und Gewerkschaft. **Anmeldung unter: igbce.de/igbce/newsletter-abonnieren**



INEOS
Marco Hucklenbroich
BR-Vorsitzender

Im Kölner Werk des Chemiekonzerns INEOS hat man angesichts der hohen Strompreise mit einer deutlich geringeren Auslastung zu kämpfen, dies hatte unter anderem zur Folge, dass viele Wartungsarbeiten vorgezogen wurden, berichtet der Betriebsratsvorsitzende Marco Hucklenbroich. 2.500 Beschäftigte arbeiten am größten INEOS-Standort in Deutschland.

Mehr als 50 Produkte aus der Grundstoffchemie entstehen hier, etwa Polyethylen für die Auto- und Spielzeugindustrie, für Verpackungsmaterial oder Kabelisolierungen, aber auch Rohstoffe für die Kautschukherstellung, für Insulin und Antibiotika, Vorprodukte für Waschmittel, Shampoos oder Pflegeartikel. Viele Industrie-segmente wie die Chemie, die Autobranche, die Pharma- oder Bauindustrie sind auf INEOS-Produkte angewiesen – sie stehen am Anfang der Wertschöpfungskette.

„Ohne wettbewerbsfähigen Strompreis sind Arbeitsplätze in Deutschland gefährdet.“

wieder unsere Grundstoffe kaufen“, erklärt Hucklenbroich. „Ohne wettbewerbsfähigen Industriestrompreis sind Arbeitsplätze in Deutschland und Europa massiv gefährdet, die Grundstoffindustrie droht nach China und in die USA abzuwandern.“ Immerhin sei es trotz der angespannten Lage gelungen, für die eigenen Leute eine gewisse Sicherheit zu schaffen – über eine Standortsicherungsvereinbarung sind betriebsbedingte Kündigungen bis 2028 ausgeschlossen.

„Herstellung, Verarbeitung und Transport von Chemikalien gehen nun einmal nicht stromlos“, weiß Hucklenbroich. Und aufgrund des hohen Gaspreises war die Anlage zur Ammoniakherstellung am Kölner INEOS-Standort zwischenzeitlich für fast ein Jahr heruntergefahren. Das hat Folgen: Aktuell liegt die Auslastung am Standort bei rund 50 Prozent, Ende 2022 war es sogar noch deutlich weniger.

„Wir fordern einen Industriestrompreis – nicht nur für uns, sondern auch für unsere Kunden, damit die Produkte per Schiff nach Deutschland zu transportieren als hier zu produzieren. „Was nicht nur industriepolitisch Wahnsinn ist, sondern auch erheblich der Umwelt schadet“, sagt Schnabl. „Deswegen ist es überlebenswichtig, dass der Brückenstrompreis kommt.“



InfraServ
Michael Schnabl
BR-Vorsitzender

„Richtig gut“ findet Michael Schnabl, Betriebsratsvorsitzender des Chemieparkbetreibers InfraServ im bayrischen Gendorf, den Vorschlag von Wirtschaftsminister Robert Habeck zu einem günstigeren Strompreis für energieintensive Industrien. „Das ist ein Bereich, in dem man wettbewerbsfähig produzieren kann“, sagt der 58-Jährige. Denn „ohne Industriestrompreis gehen in der Industrie über kurz oder lang die Lichter aus“, ist er überzeugt. Deswegen sei es notwendig, dass der verlässliche „Brückenstrompreis“ so schnell wie möglich komme – „am besten schon gestern“, sagt Schnabl.

Im Chemiepark Gendorf sind mehr als 30 Unternehmen mit rund 4.000 Beschäftigten angesiedelt, InfraServ selbst hat am Standort gut 1.200 Beschäftigte. Rund ein Terawatt Strom pro Jahr benötigt der Chemiepark, einer der größten Verbraucher im bayrischen Chemiedreieck. InfraServ als Betreiber stellt für die Betriebe im Chemiepark die komplette Infrastruktur und viele Dienstleistungen zur Verfügung, etwa Werkschutz, Logistik, Technik, IT, Analytik und die Versorgung mit Dampf und Strom. Produziert werden im Chemiepark unter anderem Tenside für Waschmittel.

Die Stromkosten, die um ein Vielfaches höher liegen als etwa in den USA oder Asien, hätten zuletzt immer häufiger dafür gesorgt, dass wichtige Investitionsentscheidungen gegen den Standort Deutschland – und damit gegen den Chemiepark Gendorf – gefallen seien, berichtet der Betriebsratsvorsitzende. Zudem sei es aktuell oft günstiger, in den USA oder in China zu produzieren und die Produkte per Schiff nach Deutschland zu transportieren als hier zu produzieren. „Was nicht nur industriepolitisch Wahnsinn ist, sondern auch erheblich der Umwelt schadet“, sagt Schnabl. „Deswegen ist es überlebenswichtig, dass der Brückenstrompreis kommt.“



IGBCE Kompass: Der Polit-Talk

„WIR BRAUCHEN EINE CHEMISCHE INDUSTRIE“

IGBCE-Chef Michael Vassiliadis und Wirtschaftsminister Robert Habeck diskutieren die Zukunft unserer Industrien

F: Michael Vassiliadis, beim Thema Transformation der Industrie mahnen Sie regelmäßig eine bessere Prioritätensetzung der Politik an. Wie sollte das aussehen?

haben wir keine Chance, im globalen Wettbewerb zu bestehen. Zusätzlich hemmen Fachkräftemangel und hohe Inflation die Investitionen und damit die Transformation. Das sind alles Hausaufgaben, die wir lösen müssen.

Michael Vassiliadis: Dazu möchte ich eines vorweg sagen: Wir haben einen Punkt in der gesellschaftlichen Debatte erreicht, an dem die große Mehrheit der beteiligten Akteure über die Zweifel an der Transformation hinweg sind – dafür steht auch die aktuelle Bundesregierung. Damit sind wir schon mal einen guten Schritt weiter als vor fünf oder sechs Jahren. Wenn man das anerkennt, sind wir automatisch bei den zentralen Fragen: Was ist zu tun, wie setzen wir die Transformation der Industrie sinnvoll um? Was müssen wir in welcher Reihenfolge angehen? Das ist eine wichtige Leitpläne für alle, die die Transformation am Ende stemmen müssen, unter anderem die Unternehmen.

F: Schätzen Sie das auch so ein, Herr Habeck?

Robert Habeck: Ich kann dem nur beipflichten. Viele jammern, wie schlecht wir dastehen. Es gibt aber unglaubliche Qualitäten, die für den Standort Deutschland sprechen und um die uns andere Nationen beneiden. Dazu gehört unter anderem das sozialpartnerschaftliche Zusammenspiel von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Politik. Man trifft sich, man redet miteinander und man hört einander zu – und schafft es so, im Konsens Probleme zu lösen. Bestes Beispiel sind da die Strom- und Gaspreisbremsen aus dem vergangenen Jahr: Die hat die Regierung finanziert, aber durchdacht und entwickelt wurden sie im Dialog mit den Gewerkschaften, der Wirtschaft und den Verbänden.

F: Wo hakt es denn?

Habeck: In der Vergangenheit haben sich strukturelle Probleme angehäuft, unter denen Deutschland, aber auch alle anderen europäischen Länder, leiden. Etwa die überbordende Bürokratie – mit diesen ewig lang dauernden Genehmigungsverfahren

Vassiliadis: Leider können wir den Transformationsprozess nicht unter idealen Rahmenbedingungen durchlaufen. Corona und der Ukraine-Krieg haben uns einige zusätzliche Hindernisse auf diesem ohnehin anspruchsvollen Weg eingebracht. Energie ist teuer – und wird es erst mal auch bleiben. Damit ergeben sich neue Fragen, die ebenfalls beantwortet und priorisiert werden müssen. Etwa, wie die zusätzlichen Kosten verteilt werden müssen, und wie wir eine soziale Balance schaffen.

Habeck: Dazu kommen noch die spezifisch deutschen Herausforderungen: Grob gesprochen kam vor dem Ukraine-Krieg die Hälfte unserer Energie aus Russland – und jetzt eben nicht mehr, weil Putin den Gas-hahn abgedreht hat. Diese Energie musste teurer mit neuen Verträgen beschafft werden, was zu höheren Energiepreisen geführt hat. Zudem haben wir erhöhten Transformationsdruck, weil es bei uns – anders als in vielen anderen Ländern – noch energieintensive Industrien gibt, wie die chemische Industrie oder die Stahl-Branche. Es kostet viel Geld, hochenergieintensive Industrien zu transformieren. Natürlich drängt sich da die Frage auf, ob sich das lohnt.

F: Und? Lohnt es sich?

Habeck: Die Antwort kann nur sein: Ja, das muss es uns wert sein. Niemand, der bei Sinn und Verstand ist, kann in Frage stellen, dass wir in Deutschland beispielsweise eine chemische Industrie und chemische Produkte brauchen. Wir müssten in den vergangenen Jahren doch gelernt haben, dass eine gewisse Souveränität und Autonomie Versorgungssicherheit bedeutet, dass es nicht nur um ökonomische Gesichtspunkte dabei geht.

„Der zweite Spieler, China, ändert gerade seine Spielregeln.“

Michael Vassiliadis

Vassiliadis: Die Antwort für mich ist ganz klar: Die Industrie hilft Deutschland und Europa und wir brauchen sie. Die Chemie steht beispielsweise in sehr vielen Wertschöpfungsnetzwerken am Beginn der Produktionskette. Eine Verlagerung dieser Kapazitäten würde uns in neue Abhängigkeiten treiben – und nebenbei unzählige, gut bezahlte Arbeitsplätze hierzulande vernichten. Europa und Deutschland haben sich in den vergangenen Jahren von der Idee verabschieden müssen, dass man jedes Produkt oder jeden Rohstoff jeden Tag immer von überall herkriegern kann. Wir wollen die Globalisierung nicht abschaffen, aber wir müssen sie neu denken.

F: Um Unternehmen im Prozess hin zu klimaneutraler Produktion zu unterstützen, soll es einen Brückenstrompreis für die Industrie geben. Laut einem Gutachten der Stiftung Arbeit und Umwelt ist ein Industriestrompreis mit europäischem Beihilferecht vereinbar.

PODCAST

HIER GEHT ES ZUM AUDIO- VIDEO- PODCAST.

<https://igbce.de/igbce/wiegehen-wir-die-transformation-an--224234>

Vassiliadis: Das Gutachten zeigt deutlich: Rechtliche Bedenkenränge ist Unsinn, juristisch ist der Industriestrompreis für energieintensive Industrien möglich. Es kommt jetzt auf den politischen Willen an. Der Industriestrompreis bietet den energieintensiven Branchen eine gewisse Sicherheit. Und wir brauchen so lange einen subventionierten Preis, bis die erneuerbaren Energien und Netze soweit ausgebaut sind, dass der Strompreis auch ohne staatliche Hilfe im Wettbewerb bestehen kann. Neben der zeitlichen Befristung sollte es auch eine inhaltliche Steuerung geben, also die Subventionierung an Transformationsimpulse und auch Tariftreue koppeln.

Habeck: Der Industriestrompreis ist eine Brücke, die so kurz sein soll, wie es geht. Wir haben aktuell acht Gigawatt Offshore-Strom zur Verfügung und wir wollen 30 Gigawatt erreichen. Die entsprechenden Windkraft-Anlagen sollen in den kommenden sieben, acht Jahren gebaut werden, bis dahin muss die Brücke reichen. Standortgarantien und Tariftreue sind übrigens zwei der Bedingungen, um den Industriestrompreis in Anspruch zu nehmen.

F: Es geht um den langfristigen Umbau des Standorts, um Kreislaufwirtschaft, stabile Wertschöpfungsketten, Innovationskraft. Was muss noch auf die To-Do-Liste des Wirtschaftsministers?

Vassiliadis: Europa ist einer der großen Wirtschaftsräume, der international mitspielt. Das Investitionsprogramm der USA erhöht den Druck auf uns. Der zweite Spieler, China, ändert gerade seine Spielregeln. Wir können die Transformation mit Resilienz verbinden, das darf man nicht mit Protektionismus verwechseln, das bedeutet eine Stabilisierung des Wirtschaftsraums. Bislang konnten wir die Lage mit allen möglichen Puffern meistern – wir hatten einen Energiepuffer, einen Geldpuffer und

WUSSTEST DU SCHON?

Über 44.000 unserer Mitglieder engagieren sich ehrenamtlich in unserer Gemeinschaft.

Mehr unter:

igbce.de

so weiter. Diese Puffer sind jetzt langsam aufgebraucht, die Dinge werden damit komplizierter und teurer. Für uns als Gewerkschaft ist der soziale Ausgleich in der Transformation deshalb ein enorm wichtiger Punkt. Eins muss ich noch anfügen: Wenn man die Balance, das soziale Gleichgewicht, in diesem Transformationsprozess vorantreibt, ist man nicht derjenige, der im Weg steht oder Zeitverzögerung will. Sondern man ist derjenige, der die Stabilität der Umsetzung garantieren will. Pragmatismus ist dabei kein Verrat an der Sache.

Habeck: Bei nationalen Genehmungsverfahren sollten wir Schutzgüter – wie Umweltschutz, Emissionsschutz, Gewässerschutz und weitere – zwar nicht in Frage stellen, aber die Verfahren müssen verkürzt werden. Wir haben beispielsweise im vergangenen Jahr deutlich Tempo zugelegt beim Ausbau von Stromleitungen, Solar- und Windkraftanlagen. Wir haben dafür die Beteiligungsverfahren nicht abgeschafft, aber deutlich verkürzt von eineinhalb Jahren auf wenige Wochen. Beihilfeverhandlungen auf EU-Ebene sind grundsätzlich extrem kompliziert, weil Europa extrem penibel darauf achtet, dass ein EU-Land ein anderes EU-Land nicht überverteilt. Das Wettbewerbsrecht ist mit einer binneneuropäischen Logik gebaut worden: Deutschland darf nicht Frankreich, Frankreich nicht Spanien und Spanien nicht Italien überverteilen. Allerdings ist die Wettbewerbssituation nicht mehr Frankreich gegen Italien, sondern Deutschland gegen USA und Deutschland gegen China. Das europäische Wettbewerbsrecht kann deshalb nicht so bleiben wie es ist.

F: Es ist so harmonisch zwischen Ihnen – oder täuscht der Eindruck?

Vassiliadis: Ich kann auch nicht harmonisch, wenn es sein muss. Aber ich erkläre mal, warum man mit dieser Bundesregierung konstruktiv umgehen sollte. Sie hat einen Schritt gemacht, den die Politik vorher nicht gewagt hat. Die Ampel hat einen Kassensturz des Projektes Energiewende gemacht, eine ernsthafte Bestandsaufnahme der Lage, und deutlich formuliert, wo wir stehen. Gefühlt hieß es vorher immer von der Politik: Wir haben das beschlossen, wir sind fast schon fertig mit der Energiewende. Das stimmte aber nicht, nur weil man das behauptet hat, wurde es ja nicht wahr. Mit dieser konkreten Bestandsaufnahme haben wir als Gewerkschaften nun die realistische Möglichkeit erhalten, mitzugestalten.



OHNE AUSBILDUNG KEINE ZUKUNFT!

BETRIEBE MÜSSEN MEHR FÜR DEN NACHWUCHS TUN

Die Industrie tut zu wenig, um die Ausbildung zu stärken, ist als Arbeitgeberin oft zu wenig attraktiv und besetzt oft nicht mehr alle Ausbildungsplätze. Die wachsende Fachkräftelücke wird zur Standortgefahr. Das ist der Tenor einer Umfrage, die die IG BCE zum Start des neuen Ausbildungsjahres durchgeführt hat. Die Gewerkschaft will gegensteuern.

„Die Beschäftigten in unseren Industrien stellen ihren Arbeitgebern mehrheitlich ein kritisches Ausbildungszeugnis aus: Sie nehmen ein mangelhaftes Engagement und fehlendes Problembewusstsein wahr“, sagt Francesco Grioli, Mitglied im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG BCE. „Jede*n Auszubildende*n würde man bei diesen Bewertungen warnen: Abschluss gefährdet!“

71 Prozent der Befragten sind der Meinung, die Industrie tue nicht genug, um die duale Ausbildung zu stärken. Schon heute könne oder wolle ihr Unternehmen nicht mehr alle angebotenen Ausbildungsplätze besetzen, gaben 42 Prozent an. 74 Prozent der Befragten halten es für „sehr wahrscheinlich“ oder „eher wahrscheinlich“, dass Nachwuchsmangel langfristig für den eigenen Betrieb zur Standortgefahr werde. Aus Sicht der Beschäftigten müssen die Betriebe in den IG BCE-Branchen dringend an ihrer Attraktivität arbeiten: 60 Prozent der Befragten fordern dies ein. Dem eigenen Betrieb (2,9 von fünf Sternen) wie auch der eigenen Branche (3,4 Sterne) geben sie eher schlechte Noten.

Die IG BCE hat unter dem Motto „Fachkräfte fallen nicht vom Himmel – Ohne Ausbildung keine Zukunft“ eine Offensive gestartet, mit der sie eine Stärkung der Ausbildung in den Betrieben erreichen will. Angestrebt werden dazu bundesweit mehr als 120 Betriebsvereinbarungen bis Ende 2024, in denen unter anderem

- höhere Zielzahlen für die angebotenen Ausbildungsplätze festgeschrieben werden,
- die Anforderungen von Stellenausschreibungen, Bewerbungsverfahren und Einstellungstests den neuen Realitäten angepasst werden müssen (etwa mit Blick auf Schulabschlüsse) und
- die Unternehmen sich verpflichten, selbst mehr in die Aus- und Weiterbildung ihres Nachwuchses zu investieren.

Die Ausbildungszahlen in den IG BCE-Branchen haben bis heute nicht an das Vor-Corona-Niveau anschließen können. Gleichzeitig verschärft sich die Fachkräftelücke in den kommenden Jahren, wenn die Babyboomer*innen in den Ruhestand gehen. Ohne eine Erhöhung der Ausbildungsquote kommen künftig etwa in der chemisch-pharmazeutischen Industrie auf eine*n neue*n Azubi drei aus dem Arbeitsleben ausscheidende Beschäftigte.



VINZENZ WINTER
VILLEROY & BOCH

Vinzenz Winter macht beim Keramikhersteller Villeroy & Boch in Mettlach eine Ausbildung zum Industriemechaniker. In dem Werk werden hauptsächlich Teller hergestellt und Tassen aus dem Torgauer Schwesternwerk dekoriert und glasiert. „Für uns ist es sehr schwierig, Auszubildende zu finden und zu halten“, berichtet der 21-Jährige. Die Konkurrenz sei groß, der Keramikhersteller nicht der einzige Industriebetrieb in der Gegend. Es gebe wenig junge Leute, die sich für eine Ausbildung im Unternehmen interessierten. „Villeroy & Boch macht schon viel, um die Ausbildung zu bewerben. Aber mehr geht natürlich immer“, findet Vinzenz. Das gelte vor allem, weil auch der Porzellanproduzent aufgrund der Altersstruktur der Beschäftigten bald mit dem Fachkräftemangel zu kämpfen haben werde. „Noch merken wir ihn nicht, er wird aber kommen“, ist er sich sicher.



THERESA HAUCKE
SCHOTT

„Noch können wir bei Schott unsere Ausbildungsstellen relativ gut besetzen“, sagt Theresa Hauke. Schott sei ein Name, das Glasunternehmen einer der größten Ausbilder in der Region und die Ausbildung qualitativ gut. Allerdings sei die Branche für viele nicht attraktiv. Das liege sicher auch an der Bezahlung. Und Schott stößt bisweilen an seine Grenzen: Wegen fehlender Ausbilderinnen und Ausbilder und zu kleiner Räumlichkeiten könne Schott nicht noch mehr ausbilden. „Vor allem in der Schicht haben wir Probleme, Leute zu finden“, so die 25-Jährige. Weil viele Beschäftigte älter seien und in Rente gingen, gebe es viele offene Stellen. „Wir kommen da nicht hinterher. Das lässt sich durch Ausbildung nicht auffangen“, erklärt sie. Das Unternehmen engagiere sich ihrer Meinung nach nicht genug, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Schott könnte zum Beispiel finanziell mehr helfen, wenn Beschäftigte einen Techniker oder ein berufsbegleitendes Studium machen möchten. „Da sehe ich mich nur sehr begrenzt unterstützt“, so die gelernte Physikalaborantin.



JONAS WESTERHOFF
PAPIER- UND KARTONFABRIK
VAREL

Jonas Westerhoff begann seine Ausbildung zum Papiertechnologen in der Papier- und Kartonfabrik Varel, weil es ihn faszinierte, den Kreislauf vom Altpapier bis zum fertigen Papier zu sehen: „Die Dimensionen der riesigen, komplexen Maschinen haben mich beeindruckt.“ Aktuell hat die norddeutsche Papierfabrik knapp 30 Auszubildende, die in der Regel übernommen werden. Eine Zeit lang habe es zu wenige Bewerbungen gegeben, das habe sich aber wieder geändert. „Zwar gibt es einzelne Schichten, in denen weniger Beschäftigte arbeiten, aber es ist nicht so, dass wir deswegen nicht mehr produzieren können. Die Mindestanzahl bekommen wir immer zusammen“, sagt der 18-Jährige. Er glaubt, dass das auch in Zukunft so sein wird und die Papierbranche für junge Menschen attraktiv bleiben wird.



ANTONIA TRAPP
SYMRISE

Der Holzmindener Aromenhersteller Symrise bildet rund 50 Auszubildende jährlich aus. „Wir merken, dass es immer schwieriger wird, die Stellen zu besetzen“, erzählt Antonia Trapp. Das gelte vor allem für die technischen und handwerklichen Ausbildungsberufe. Am längsten dauere es bei den Elektroniker*innen. „Wir versuchen schon viel in Sachen Ausbildung zu machen, müssten aber noch mehr Ausbildungsplätze anbieten“, findet die Chemielaborantin. Mit der JAV-Arbeit bemühen sie sich, die Arbeitgeberattraktivität zu steigern und etwa mehr gemeinsame Freizeitaktivitäten anzubieten. Die 24-Jährige ist sich sicher: „Wir sind Zulieferer für die Lebensmittelbranche, gelten als systemrelevant und sind deswegen auch für folgende Generationen ein gefragter Arbeitgeber.“ Der demografische Wandel mache sich trotzdem schon jetzt bemerkbar. „Zwar läuft die Arbeit weiter, teilweise aber massiv unterbesetzt. Immer ist jemand im Urlaub, immer ist jemand krank, das muss man auch berücksichtigen.“

WUSSTEST DU SCHON?

Bei uns kannst du mitmachen - ob als Betriebsrät*in, als Vertrauensperson oder bei den vielen Beteiligungsmöglichkeiten der IG BCE.

Mehr unter:

igbce.de

71%

der befragten Beschäftigten sind der Meinung, die **Industrie tue zu wenig**, um die **duale Ausbildung in Deutschland zu stärken**.

Umfrage des Monats, Befragte: 1.000 IG BCE-Mitglieder, Zeitraum: 1. Juni bis 2. Juli 2023

Für wie wahrscheinlich hältst du es, dass **Nachwuchsmangel** und **Fachkräftelücke** langfristig zur **Standortgefahr** für deinen **Betrieb** werden?

sehr wahrscheinlich eher wahrscheinlich eher unwahrscheinlich sehr unwahrscheinlich Kann ich nicht einschätzen

Hat dein Betrieb zuletzt alle angebotenen **Ausbildungsplätze** auch **besetzen** können?

Ja

33%

Nein

42%

Weiß nicht

25%

MEHR INFORMATIONEN

Hier gibt es mehr Informationen zur Kampagne „Fachkräfte fallen nicht vom Himmel – Ohne Ausbildung keine Zukunft“.

ohne-ausbildung-keine-zukunft.de

Feedback

Sende dein Feedback bzw. Anregungen zu dieser Zeitung gerne an: betriebszeitung@igbce.de

